



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa, Anna Toman, Jürgen Mistol, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoglu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Lebensraum Schule: Schulen und Berufsschulen sanieren, mehr Platz für Schülerinnen und Schüler schaffen

(Kap. 13 10 Tit. 883 11, Tit. 883 12, Tit. 883 13 und Tit. 883 15)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 13 10 werden die Tit. 883 11 (Grund- und Mittelschulen), 883 12 (Förderschulen), 883 13 (Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen) und 883 15 (Berufsschulen) im Jahr 2019 um insgesamt 100,0 Mio. Euro und im Jahr 2020 um insgesamt 200,0 Mio. Euro erhöht.

Für das Jahr 2020 wird eine Verpflichtungsermächtigung über 200,0 Mio. Euro eingefügt.

Begründung:

Schulgebäude als „dritter Pädagoge“ sind die Basis für gemeinsames Leben und Lernen in der Schule. Sie definieren den räumlichen Rahmen und bestimmen wesentlich mit, ob Bildung und Schule gelingen. Die baulichen Bedarfe im Bildungssystem bleiben auch in Zukunft hoch, unter anderem für den Ausbau der Ganztagschulen, individuelle und ganzheitliche Förderung, die Digitalisierung der Klassenräume oder die Herausforderungen von Inklusion und Integration. All dies wird bauliche Veränderungen und somit Investitionen in die Schulgebäude erfordern.

Gleichzeitig ist die Bausubstanz im Schulbereich oftmals veraltet oder unzureichend, Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre haben an Schulen zu drastischen Reduzierungen notwendiger Instandhaltungsmaßnahmen geführt. Insgesamt geht das KfW-Kommunalpanel 2017 nach einer Befragung der Kämmerer in den Kommunen von einem baulichen Investitionsrückstand bei Schulen von 397,50 Euro pro Einwohner aus (gewichtet).

Mit der Aufstockung der Mittel sollen der Neu- und Umbau sowie Erweiterungs- und Generalsanierungsmaßnahmen an öffentlichen Schulen im Rahmen der Förderung des kommunalen Hochbaus gezielt unterstützt werden.